Rede von Lothar Mark, MdB**am 24. April 2008**

Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. Dezember 2003 über Politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Andengemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela) andererseits“ (Drs. 16/8654)

[Anrede],

der hier zu beratende Gesetzentwurf „Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 15. Dezember 2003 über Politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Andengemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten (Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela) andererseits“ wird von der SPD-Bundestagsfraktion voll unterstützt.

Die Beziehungen zwischen der Andengemeinschaft und der EU haben bereits eine längere Tradition. Bisher basierten sie auf dem Kooperationsabkommen von 1993, das dem bereits 1983 unterzeichneten Rahmenabkommen zwischen der damaligen EWG und dem früheren Andenpakt über wirtschafts- und handelspolitische Zusammenarbeit nachfolgte. Anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs von Europa und Lateinamerika sowie der Karibik in Madrid im Jahr 2002 wurde vereinbart, die biregionale Kooperation weiter auszubauen und mit der Andengemeinschaft in Verhandlungen bezüglich eines Abkommens über politischen Dialog und vertiefte Zusammenarbeit zu treten.

Heute sehen wir mit dem hier behandelten Gesetzentwurf das Resultat dieser Verhandlungen vor uns. Das Abkommen wurde bereits am 15. Dezember 2003 unterzeichnet und liegt nun zur Ratifizierung vor. Das Vertragswerk soll das Kooperationsabkommen zwischen der EWG und der Andengemeinschaft aus dem Jahr 1993 erweitern und den Dialogmechanismus auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sowie auf der Ministerebene, der 1996 mit der „Erklärung von Rom“ zwischen beiden Regionen institutionalisiert worden ist, weiterentwickeln.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Abkommen sollen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft intensiviert und vertieft und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Andenstaaten unterstützt werden. Der Vertrag beruht auf den Grundsätzen der regionalen Partnerschaft und unterstreicht einen weitgehenden Wertekonsens, etwa im Bezug auf die Wahrung der Grundsätze der Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, sowie im Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip. Ziel ist es, Stabilität und regionale Integration in der Andenregion sowie Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Zwar enthielt das Abkommen von 1993 bereits die Wahrung demokratischer Grundsätze und Einhaltung der Menschenrechte als wesentliches Element der Zusammenarbeit, mit dem neuen Abkommen wird die Kooperation jedoch nochmals intensiviert und ein Abkommen der „dritten Generation“ geschlossen. Die Schwerpunkte liegen dabei

- in der Institutionalisierung eines regelmäßigen politischen Dialoges,
- in der Kooperation bei der engeren regionalen Integration der Andengemeinschaft,
- in der Zusammenarbeit im Bereich des Handels zur besseren Integration der Andengemeinschaft in die Weltwirtschaft,
- in der Kooperation bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Drogen, Kleinwaffen und leichten Waffen sowie der Bekämpfung von Geldwäsche und des Terrorismus,
- in der Zusammenarbeit im Zollbereich, im Bereich Normen, der technischen Vorschriften und Konformitätsbewertung,
- in der Zusammenarbeit im Bereich Umwelt, Landwirtschaft und Energie;
- in der Zusammenarbeit im Bereich der Migration,
- sowie in der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Wissenschaft und Technik sowie Soziales und Kultur.

Auf dem dritten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und Lateinamerikas sowie der Karibik in Guadalajara im Jahr 2004 verständigten sich die EU und die Staaten der Andengemeinschaft auf die Bedeutung von Assoziierungsabkommen für die regionale wirtschaftliche Integration. Die Assoziierungsverhandlungen wurden im Juni 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft aufgenommen. Angestrebt wird ein Abkommen der „vierten Generation“, dessen Zweck es ist, die regionale Integration zu stärken und die oben

genannten Abkommen durch neue Dimensionen zu ergänzen. Ziel ist es eine umfassendere – den Politikdialog, die Kooperation und den Handel beinhaltende – biregionale privilegierte Partnerschaft zu schaffen. Diese soll sich unter anderem auf die Wahrung und Förderung der Menschenrechte und demokratischen Verhältnisse, auf verantwortungsvolles Regieren, auf die Stärkung des Multilateralismus, auf die Förderung der intraandinen wirtschaftlichen und politischen Integration sowie auf die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone gründen. Mit dem hier vorliegenden Gesetzentwurf zum Abkommen soll die Voraussetzung für ein solches, noch abzuschließendes, Assoziierungsabkommen einschließlich Freihandelsabkommen geschaffen werden.

Die Ratifizierung des vorliegenden Abkommens ist unter anderem auch aus diesem Grund nicht nur für die Andengemeinschaft, sondern auch für die EU von großer Bedeutung. Denn die EU hat ein Interesse an starken, politisch handlungsfähigen Regionen in Weltwirtschaft und Weltpolitik und an einer Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zwischen diesen – eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und der Andengemeinschaft im Hinblick auf die Vereinten Nationen wäre nur eine der vielfältigen Möglichkeiten. Insgesamt ist ein stärkeres Zusammenrücken der Regionen heute wichtiger denn je, da sich die große Herausforderung unserer Zeit, die sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gestaltung der Globalisierung, nicht mehr auf nationaler Ebene bewältigen lässt. Akteure im globalen Maßstab können hierbei nur handlungsfähige Regionen sein, die Interessen und Politiken formulieren. Die regionale Integration und die interregionale Kooperation ist heutzutage eine der wichtigsten strategischen Antworten auf die Globalisierung.

Die Andengemeinschaft ist in diesem Bereich aufgrund ähnlicher Interessen ein prädestinierter Partner für die EU. Sie ist trotz den in den vergangenen Jahren – insbesondere durch den Austritt Venezuelas im Jahr 2006 – deutlich gewordenen ideologischen Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten noch immer eine der traditionsreichsten regionalen Organisationen innerhalb Lateinamerikas. Ihr Integrationsvorhaben ist sehr weitreichend und entspricht in wesentlichen Elementen den europäischen Bestrebungen. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass die Rechtsvorschriften der Andengemeinschaft direkt, d.h. ohne eine Umsetzung in nationales Recht, anwendbar sind und Vorrang vor dem nationalen Recht haben. Trotz der insgesamt recht hohen rechtlichen und institutionellen Ausdifferenzierung der Andengemeinschaft, bleibt diese dennoch oft hinter ihren Möglichkeiten zurück und befindet sich nicht zuletzt in Konsequenz der ideologischen Differenzen zwischen ihren

Mitgliedsstaaten derzeit in einer schwierigen Phase. Die im Abkommen vorgesehene Kooperation der EU bei der engeren regionalen Integration der Andengemeinschaft und die ebenfalls im Abkommen vorgesehene Förderung der intraandinen wirtschaftlichen und politischen Integration könnten dem Integrationsbündnis wichtige neue Impulse verschaffen und zur Konsensfindung unter den Mitgliedsstaaten der Andengemeinschaft beitragen.

Diese Möglichkeit sollte unbedingt ergriffen werden, denn die EU hat ein großes Eigeninteresse an Stabilität und demokratischer Entwicklung in der von großen sozialen Ungleichheiten geprägten Andenregion – so zum Beispiel im Bereich der Sicherheit sowie der Konfliktprävention und -bewältigung. Das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität könnte im Hinblick auf die sozialen Disparitäten in der Andengemeinschaft ein interessanter Bezugspunkt sein. Es liegt also im Interesse beider Seiten, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen auf gleichberechtigter Ebene weiterzuentwickeln.

Zudem gilt es auch die wirtschaftliche Seite der regionalen Kooperation nicht gering zu schätzen. Deutschland als politische Mittelmacht mit einer stark exportwirtschaftlichen Ausrichtung hat ein Interesse, im Rahmen der EU mit den Staaten der Andengemeinschaft zu kooperieren. Die deutsche Wirtschaft als Exporteur von Sekundärgütern benötigt entwickelte Absatzmärkte und eine mit entsprechender Kaufkraft ausgestattete Nachfrageseite. Nicht zuletzt birgt auch eine Zusammenarbeit mit der Andengemeinschaft im Energiebereich sowie in der Klima- und Umweltpolitik interessante Perspektiven. Eine engere Kooperation auf diesen Gebieten wäre folglich auch wirtschaftlich von Vorteil für Deutschland und die EU. Dies gilt umso mehr, da Kolumbien und Peru bereits mit den USA ein Freihandelsabkommen abgeschlossen haben, wenngleich es im kolumbianischen Fall noch nicht ratifiziert ist. Umso dringlicher scheint es mir deshalb, dass die EU ihr Engagement in diesem Bereich nun ebenfalls verstärkt und mehr Präsenz zeigt.

Neben der wirtschaftlichen Dimension ist jedoch auch die wertebezogene Dimension von erheblicher Bedeutung, denn die biregionale Partnerschaft basiert auf einer hohen Deckung politischer und kultureller Werte. Der Abschluss eines umgreifenden politischen Abkommens mit der Andengemeinschaft, würde die Regionen weiter miteinander verbinden und die Glaubwürdigkeit der EU in der Beteuerung der Wichtigkeit dieser Partnerschaft unterstreichen. Denn letztlich ist Lateinamerika

Europa so zugewandt wie kaum eine andere Region der Welt. Diese Chance sollten wir nicht verspielen, sondern nutzen. Das hier verhandelte Abkommen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, denn es geht eben nicht ausschließlich um wirtschaftliche Kooperation, sondern auch um die Umsetzung gemeinsamer politischer und sozialer Grundwerte.

Vor dem Hintergrund der hier aufgezählten Punkte wird deutlich, wie wichtig es für beide Regionen ist, dass die interregionale Zusammenarbeit mit dem vorliegenden Abkommen weiter vertieft wird. Die in dem Vertragswerk angelegte weiterreichende Institutionalisierung eines regelmäßigen politischen Dialoges zwischen der Andengemeinschaft und der EU kann für beide Seiten nur von Vorteil sein. Denn angesichts der Notwendigkeit einer Anpassung an die Herausforderung der Globalisierung können beide Regionen im Umgang miteinander lernen und voneinander profitieren. Der vorliegende Gesetzentwurf ermöglicht dies und wird deshalb von der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt.